

Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins

April 2022

Die Antworten wurden ohne redaktionelle Bearbeitung so übernommen, wie sie uns von den Parteien erreicht haben.

CDU

1. Welche Ziele und Inhalte verfolgt Ihre Partei mit Blick auf die allgemeine Weiterbildung als Beitrag zur Bewältigung konkreter gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben wie Klimawandel, Digitalisierung, Integration, Stärkung der Demokratie sowie gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt?

Damit jede und jeder Einzelne ihr und sein Potenzial optimal ausschöpfen kann, muss Weiterbildung in Zukunft einen größeren Stellenwert in den Bildungsbiografien erhalten. So kann die Chance auf Teilhabe und berufliche Weiterentwicklung in einer schnelllebigen und vielfältigen Welt besser verwirklicht werden. Das Erlernen von neuen Kompetenzen muss für alle Menschen von der Kita bis zur Weiterbildung niedrigschwellig möglich sein. Wir sehen die Volkshochschulen und Bildungsstätten in Schleswig-Holstein hierfür als den entscheidenden Partner an, um Menschen dazu zu befähigen, an der Lösung der großen gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben aktiv mitzuwirken.

Dabei wird die Weiterbildung der Zukunft sowohl online als auch vor Ort stattfinden. Zum einen in digitalen Learning-Campi und Digitalschulen, um den Interessierten eine möglichst große Flexibilität zwischen Beruf, Familie und Freizeitgestaltung einräumen zu können und zum anderen mit Vor-Ort-Angeboten.

2. Wie möchte Ihre Partei den Zugang zu Weiterbildung in allen Regionen unseres Landes sichern und welche Vorstellungen hat sie zu einer Reform des Weiterbildungsgesetzes hin zu einem Weiterbildungsförderungsgesetz für die öffentlich-verantwortete Weiterbildung?

Wir werden eine umfassende Weiterbildungsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln und gesetzlich normieren. Dies wollen wir unter Beteiligung von Volkshochschulen, Weiterbildungseinrichtungen, Wirtschaft, berufsbildenden Schulen und Hochschulen anpacken. Und wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung von Weiterbildungsangeboten über bestehende und neue Instrumente weiterzuentwickeln. Für all das wollen wir das Weiterbildungsgesetz überprüfen und möglichen Reformbedarf umsetzen. Dazu kann eine umfassende und externe Begutachtung, die alle Aspekte der außerschulischen, nichtformalen allgemeinen, beruflichen, kulturellen und politischen Weiterbildung aufarbeitet und Empfehlungen für künftige Strukturentwicklungen ausspricht, ein geeignetes Instrument sein.

CDU

3. Wie steht Ihre Partei zu der Ausweitung der Landeszuschüsse für Volkshochschulen, um in den strukturschwachen Regionen einen Kern einer hauptamtlichen Struktur zu schaffen und die ehrenamtlichen Volkshochschulen durch flankierende Maßnahmen zu entlasten und zu unterstützen?

Mit dem Kulturdialog zwischen Regierung und u.a. den Weiterbildungsträgern sind wir dem Ziel, eine neue Verantwortungsgemeinschaft von Land und Kommunen zur Förderung der Kultur und Weiterbildung zu begründen, wesentlich näher gekommen. Für die Zukunft wollen wir einen „Kulturpakt Schleswig-Holstein“ schaffen. Damit werden Land und Kommunen zusammen die Verantwortung für ein breites Angebot mit herausragenden Ausbildungsstätten und einer wohnortnahen Grundversorgung mit Bildungsangeboten übernehmen. Mit dem Kulturpakt werden Land und Kommunen gemeinsam das Ziel verfolgen, bis 2030 bei den öffentlichen Ausgaben für Kultur und Weiterbildung den Durchschnitt der Flächenländer zu erreichen. Außerdem werden wir einen Matching-Fonds mit den Kommunen einrichten und so ein System entwickeln, mit dem für jeden zusätzlichen Euro für Kultur, den die Kommunen ausgeben, das Land einen zusätzlichen Euro dazugibt. Die Roadmap Ostholstein ist z.B. dafür ein Schritt in die richtige Richtung.

4. Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer festen Dynamisierung der Landesförderung für Volkshochschulen und Bildungsstätten analog zu anderen im Artikel 13 der Landesverfassung verankerten Kultureinrichtungen wie Bibliotheken und Theatern, für die eine Dynamisierung schon vorgesehen ist?

Die CDU spricht sich für eine feste Dynamisierung der Volkshochschulen und Bildungsstätten aus.

5. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei zur flächendeckenden Gewährleistung von Deutschkursen und -prüfungen für alle Zugewanderten und welche Ergänzungen von Bundesprogrammen plant Ihre Partei in Bereichen wie Kinderbetreuung, Fahrtkosten, Sprachfeststellung zur Sicherstellung des Zugangs?

Der Schlüssel für eine gelungene Integration ist und bleibt der Erwerb der deutschen Sprache. Wir wollen und erwarten, dass Zugewanderte unsere Sprache schnell erlernen und werden sie dabei unterstützen. Durch mehr gezielte Sprach- und Integrationsangebote wollen wir insbesondere Frauen die Integration erleichtern. Zudem wollen wir verstärkt digitale Formate nutzen, um auch Personen im ländlichen Raum besser zu erreichen.

Um frühzeitig Sprache und Motorik junger Menschen zu fördern, wollen wir in Kooperation zwischen Kita und Grundschule verbindliche Förderangebote sukzessive einführen. Mit einem BildungsPlus-Programm in den Kitas werden wir das Lesen und den Schriftspracherwerb fördern. Um die ehrenamtlich Aktiven zu unterstützen, setzen wir uns zudem für weitere Schulungen ein, damit diese den Schwierigkeiten bei der Sprachvermittlung bestmöglich begegnen können.

CDU

6. Wie viele zusätzliche Grundbildungszentren planen Sie in der nächsten Legislaturperiode einzurichten, um die Ziele der Bund-Länder-Dekade zur Alphabetisierung Erwachsener nachhaltig zu erreichen?

Wir wollen insgesamt 15 Grundbildungszentren in Schleswig-Holstein haben. Denn für uns als CDU ist klar, dass die Grundbildungszentren schon jetzt und trotz Pandemie eine Erfolgsgeschichte sind, die fortgesetzt werden muss. Daher werden wir die Grundbildungszentren an den Volkshochschulen in einem ersten Schritt über 2022 hinaus absichern. Weil aber immer noch mehr als sieben Prozent der Erwachsenen nicht ausreichend lesen und schreiben können, müssen wir mit regionalisierten und niedrigschwelligen Angeboten diesen Prozentsatz weiter senken. Perspektivisch wollen wir in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Grundbildungszentrum etablieren. Darüber hinaus wollen wir die Schulgebühren für den ersten allgemeinbildenden Schulabschluss in Weiterbildungseinrichtungen abschaffen.

7. Wie wollen Sie ein Landesprogramm zum Erwerb digitaler Kompetenzen für u.a. ältere Menschen, Arbeitssuchende, Geringqualifizierte u.a. ausgestalten, um allen Chancen zur digitalen Teilhabe zu geben?

Im Rahmen der Weiterbildungsstrategie, die wir entwickeln wollen, wird der Erwerb digitaler Zukunftskompetenzen für die entsprechenden Gruppen eine zentrale Rolle spielen. Ein sicherer Umgang mit digitalen Anwendungen ist sehr wichtig, um fortan am gesellschaftlichen Leben mitzuwirken und am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Für Seniorinnen und Senioren wollen wir eine bedarfsgerechte Unterstützung zum Umgang mit digitalen Angeboten bereitstellen, dazu bedarf es einer zielgerichteten Kommunikation von Beratungs-, Schulungs- und Dienstleistungsangeboten. Wir müssen möglichst alle Beschäftigten und auch Arbeitssuchenden fit für den digitalen Wandel im Arbeitsleben machen. Attraktive Angebote vor Ort werden dafür entscheidend sein, insbesondere von Trägern der beruflichen Erwachsenenbildung wie beispielsweise Volkshochschulen. Für praxisorientierte Beschäftigte und Arbeitssuchende könnten zum Beispiel Übungslabore ein gutes Angebot sein.

8. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Mitteln wollen Sie die Volkshochschulen darin unterstützen, die Menschen über „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu befähigen, zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele beizutragen?

Ein wesentlicher Schlüssel zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Bürgerinnen und Bürger sollen besser unterstützt und in die Lage versetzt werden, ihr Leben nachhaltig zu gestalten. Aus diesem Grund haben wir in der letzten Legislaturperiode eine landesweite BNE-Strategie und eine BNE-Agentur errichtet. Diese Landesstrategie führt erstmals alle Bildungsbereiche unter dem Dach der Bildung für nachhaltige Entwicklung zusammen und setzt einen gemeinsamen Rahmen. Als nächsten Schritt wollen wir diese evaluieren und weiterentwickeln. Volkshochschulen als öffentlich-verantwortete Weiterbildungseinrichtungen sollen bei diesem Vorhaben eng eingebunden werden.

SPD

1. Welche Ziele und Inhalte verfolgt Ihre Partei mit Blick auf die allgemeine Weiterbildung als Beitrag zur Bewältigung konkreter gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben wie Klimawandel, Digitalisierung, Integration, Stärkung der Demokratie sowie gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt?

Innerhalb unseres Bildungssystems muss die Weiterbildung als eigenständige Säule verstanden werden, wenn wir das lebenslange Lernen ernst nehmen. Dazu gehört nicht nur die berufliche Fortbildung, die zunächst der Sicherung des Arbeitsplatzes und dem beruflichen Weiterkommen dient, sondern jeder Form von Bildung, die der persönlichen Weiterentwicklung und der Bewältigung des sozialen Wandels dient. Angesichts der tiefen Krisen (Corona, Klimawandel, Krieg) ist das derzeit wichtiger denn je.

Die Volkshochschulen und anderen Akteure der Weiterbildung müssen Qualifikationen vermitteln, die in der Schule nicht ausreichend erworben wurden. Dazu gehört das Vermitteln von Lesen und Schreiben ebenso wie die „digitale Alphabetisierung“.

Voraussetzung dafür ist eine Vielfalt der Formen und Inhalte der Weiterbildung, um Menschen möglichst niederschwellig zu erreichen. Das gilt in besonderem Maße für die politische Weiterbildung, mit der wir unter anderem mit der Einrichtung eines Landesbeauftragten für Politische Bildung beim Landtag einen großen Schritt weitergekommen sind.

2. Wie möchte Ihre Partei den Zugang zu Weiterbildung in allen Regionen unseres Landes sichern und welche Vorstellungen hat sie zu einer Reform des Weiterbildungsgesetzes hin zu einem Weiterbildungsförderungsgesetz für die öffentlich-verantwortete Weiterbildung?

Die SPD hat in den 90er Jahren das Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetz geschaffen, dessen Möglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden. Wir halten es für falsch, dass in Krisenzeiten Fort- und Weiterbildungsangebote weniger genutzt werden, während gerade dann nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Betriebe von einer besseren Qualifikation profitieren würden.

Wir wollen im Dialog mit den Volkshochschulen, den Hochschulen, den beruflichen Schulen und der Wirtschaft das bestehende Weiterbildungsgesetz zu einem vollwertigen Weiterbildungsfördergesetz reformieren. Dabei werden wir u. a. die aktuellen Freistellungsregelungen überprüfen und mit den Gewerkschaften neu und verbessert regeln sowie verbindliche Förderstandards festlegen.

3. Wie steht Ihre Partei zu der Ausweitung der Landeszuschüsse für Volkshochschulen, um in den strukturschwachen Regionen einen Kern einer hauptamtlichen Struktur zu schaffen und die ehrenamtlichen Volkshochschulen durch flankierende Maßnahmen zu entlasten und zu unterstützen?

Die Volkshochschulen müssen heute Aufgaben erfüllen, die mit reiner Ehrenamtlichkeit nicht mehr zu leisten sind. Es muss daher auch in kleinen Volkshochschulen im ländlichen Raum hauptamtliche Strukturen geben.

Deshalb wollen die Volkshochschulen finanziell besser ausstatten und die Träger der Volkshochschulen darin unterstützen, das ebenfalls zu tun. Es darf auf keiner Ebene dazu kommen, dass die Lasten der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges durch einseitige Einsparungen im Kultur- und Bildungsbereich kompensiert werden. Dazu brauchen wir ein Weiterbildungsförderungsgesetz.

SPD

4. Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer festen Dynamisierung der Landesförderung für Volkshochschulen und Bildungsstätten analog zu anderen im Artikel 13 der Landesverfassung verankerten Kultureinrichtungen wie Bibliotheken und Theatern, für die eine Dynamisierung schon vorgesehen ist?

Wir halten es für richtig, dass die Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten in eine dynamisierte Landesförderung analog zu Theatern und Bibliotheken einbezogen werden. Die Inflation steigt als Folge des Ukraine-Krieges sehr stark an; das können die Einrichtungen der Bildung und der Kultur nicht aus dem laufenden Haushalt heraus ausgleichen. Sie benötigen Planungssicherheit, um nicht jedes Jahr erneut vor der Frage zu stehen, ob die allgemeine Kostenentwicklung durch Personalabbau oder durch Reduzierung der Weiterbildungsangebote erwirtschaftet werden muss.

5. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei zur flächendeckenden Gewährleistung von Deutschkursen und -prüfungen für alle Zugewanderten und welche Ergänzungen von Bundesprogrammen plant Ihre Partei in Bereichen wie Kinderbetreuung, Fahrtkosten, Sprachfeststellung zur Sicherstellung des Zugangs?

Die neue Zuwanderungswelle aus der Ukraine zeigt, dass der Bedarf an Deutsch als Zweitsprache (DaZ) nicht nur in den Schulen hoch bleibt, sondern sich auch an Erwachsene richten muss.

Wir wissen nicht, wie viele Ukrainer*innen noch zu uns fliehen müssen, und wir können nicht erwarten, dass diese Menschen bereits in wenigen Wochen in ihre (zu weiten Teilen unbewohnbar gewordene) Heimat zurückkehren können. Deshalb muss ihnen die Möglichkeit geboten werden, Deutschunterricht zu erhalten. Auch hier kommt viel Arbeit auf die Volkshochschulen und die anderen Einrichtungen der Weiterbildung zu, die wir zusätzlich zu den Leistungen des Bundes dabei finanziell unterstützen werden.

Dabei darf nicht aus den Augen verloren werden, dass es nicht nur ukrainische Flüchtlinge gibt. Die Konflikte im Mittleren Osten halten unvermindert an, und wir dürfen über der Ukraine nicht die Menschen aus Afghanistan, Syrien, dem Irak u.a. vergessen, die Schutz und Integration brauchen.

6. Wie viele zusätzliche Grundbildungszentren planen Sie in der nächsten Legislaturperiode einzurichten, um die Ziele der Bund-Länder-Dekade zur Alphabetisierung Erwachsener nachhaltig zu erreichen?

Es ist außerordentlich schwer, valide Daten über die tatsächliche Zahl der funktionalen Analphabet*innen – also einschließlich derer, die ihren Namen schreiben und kurze Sätze entziffern können, aber mit komplexeren gedruckten bzw. digitalen Texten überfordert sind – in Schleswig-Holstein zu ermitteln. Ebenso schwierig ist es, die betroffenen Personen dazu zu motivieren, diese Defizite, die sie trotz Schulbesuch haben, aufzuarbeiten.

Wir werden deshalb eine landesweite Bedarfsanalyse in die Wege leiten, auf deren Grundlage festgelegt werden kann, in welchem Umfang die bestehenden Grundbildungszentren gestärkt und neue Zentren eingerichtet werden müssen, damit jede Person, die Defizite bei den grundlegenden Kulturtechniken hat, barrierefreie und wohnortnahe Bildungsangebote erhält.

SPD

7. Wie wollen Sie ein Landesprogramm zum Erwerb digitaler Kompetenzen für u.a. ältere Menschen, Arbeitssuchende, Geringqualifizierte u.a. ausgestalten, um allen Chancen zur digitalen Teilhabe zu geben?

Wir wollen uns für eine landesweite Vernetzung der Weiterbildungsangebote einsetzen und dabei prüfen, ob die Beratungs- und Angebotsstrukturen an kommunalen Weiterbildungstützpunkten zusammengeführt werden können. Hinzu kommt die Entwicklung und Förderung von freien digitalen Lernangeboten (Open Educational Resources, OER), die auch über die Volkshochschulen vermittelt und beworben werden können. So können sich alle Bürger*innen eigenständig und kostenlos fortbilden.

Denjenigen Menschen, die noch nicht über die notwendigen Fertigkeiten verfügen, digitale Bildungsangebote wahrzunehmen, müssen flächendeckend barrierefreie Angebote bereitgestellt werden. Hierzu müssen Werbekampagnen in einer Form entwickelt werden, die diese Menschen erreicht. Auch dabei wollen wir die Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen unterstützen.

8. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Mitteln wollen Sie die Volkshochschulen darin unterstützen, die Menschen über „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu befähigen, zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele beizutragen?

Auch wenn der Krieg in der Ukraine derzeit die öffentliche Diskussion beherrscht, bleibt der Klimawandel die entscheidende globale Herausforderung, die sich durch den Krieg weiter verschärft hat. Diese Herausforderung gilt auch allen Säulen unseres Bildungswesens. Die von der Landesregierung vorgelegte „BNE-Strategie“ ist auf viel öffentliche Kritik gestoßen, die wir teilen. Sie bleibt hinter dem, was zahlreiche Verbände und Institutionen in diesem Bereich seit langem leisten, sehr weit zurück.

Themen wie BNE, die die Zukunft unserer gesamten Gesellschaft betreffen, können nicht erfolgreich umgesetzt werden, wenn sich nur wenige Mitarbeiter*innen der Ministerien darum kümmern. Sie setzen einen gesamtgesellschaftlichen Dialog voraus. Wir werden deshalb den Vorschlag aufgreifen, zu diesem Thema – analog zum BNE-Kompetenzzentrum auf Bundesebene - ein Gremium zu bilden, in dem Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung zusammenwirken.

Bündnis 90 / Die Grünen

- 1. Welche Ziele und Inhalte verfolgt Ihre Partei mit Blick auf die allgemeine Weiterbildung als Beitrag zur Bewältigung konkreter gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben wie Klimawandel, Digitalisierung, Integration, Stärkung der Demokratie sowie gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt?**

Die zahlreichen Transformationen unserer Zeit lassen sich nur mit einer gesunden Weiterbildungskultur gestalten. Unser Ziel ist auf der einen Seite, durch Fort- und Weiterbildung auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedarfe zu reagieren und auf der anderen Seite die von Neugier und persönlicher Erfüllung geleitete Weiterbildung zu stärken, deren Ziel nicht die kommerzielle Verwertung sein soll. Dazu gehört auch Bildung für nachhaltige Entwicklung ebenso wie politische und kulturelle Bildung.

- 2. Wie möchte Ihre Partei den Zugang zu Weiterbildung in allen Regionen unseres Landes sichern und welche Vorstellungen hat sie zu einer Reform des Weiterbildungsgesetzes hin zu einem Weiterbildungsförderungsgesetz für die öffentlich-verantwortete Weiterbildung?**

Wir möchten in der kommenden Legislatur gemeinsam mit den Volkshochschulen ein Weiterbildungsförderungsgesetz entwickeln. Ganz besonders wichtig wird es sein, mehr finanzielle Planungssicherheit für die Weiterbildungsangebote zu bieten. Gemeinsam mit den Kommunen möchten wir zudem das Angebot insbesondere im ländlichen Raum sichern und stärken.

- 3. Wie steht Ihre Partei zu der Ausweitung der Landeszuschüsse für Volkshochschulen, um in den strukturschwachen Regionen einen Kern einer hauptamtlichen Struktur zu schaffen und die ehrenamtlichen Volkshochschulen durch flankierende Maßnahmen zu entlasten und zu unterstützen?**

Bereits in den vergangenen Jahren haben wir dafür gesorgt, dass der Landeszuschuss für die Volkshochschulen stetig gestiegen ist. Dies wird auch weiterhin unser Ziel sein. Inwiefern es möglich sein wird, darüber hinaus eine gezielte Förderung für Volkshochschulen in strukturschwachen Regionen zu schaffen, wird von der allgemeinen Haushaltslage abhängig sein, die insbesondere durch die Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine aktuell kaum vorhersehbar ist. Inhaltlich spräche allerdings sehr viel für eine solche Forderung. Sollte es die Möglichkeit geben, werden wir versuchen, auch andere Partner*innen, wie etwa den Bund und die Kommunen in die Finanzierung einzubeziehen.

- 4. Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer festen Dynamisierung der Landesförderung für Volkshochschulen und Bildungstätten analog zu anderen im Artikel 13 der Landesverfassung verankerten Kultureinrichtungen wie Bibliotheken und Theatern, für die eine Dynamisierung schon vorgesehen ist?**

Wir stehen einer Dynamisierung der Landesförderung positiv gegenüber, insofern die allgemeine Haushaltslage dies zulässt. Anders als bei Bibliotheken und Theatern würden wir hier allerdings vermutlich den Weg über ein Weiterbildungsförderungsgesetz gehen und nicht über den kommunalen Finanzausgleich. Welcher Weg der Beste ist, möchten wir aber gemeinsam ermitteln.

Bündnis 90 / Die Grünen

5. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei zur flächendeckenden Gewährleistung von Deutschkursen und -prüfungen für alle Zugewanderten und welche Ergänzungen von Bundesprogrammen plant Ihre Partei in Bereichen wie Kinderbetreuung, Fahrtkosten, Sprachfeststellung zur Sicherstellung des Zugangs?

Der Bund hat dazu im Ampel-Koalitionsvertrag einiges vereinbart: Die Integrationskurse von Anfang an anbieten, die niedrigschwellig und gut zu erreichen sind sowie Berufssprachkurse stärker fördern. Insgesamt will der Bund auch stärker in die Finanzierung einsteigen. Wir haben dazu umfangreiche Positionen erarbeitet, denn für uns ist Sprache zentral, um Teil einer Gesellschaft sein zu können. Deshalb wollen wir jeder Person, die hier neu ankommt, Sprachkurse anbieten und diese Angebote ausbauen.

Dabei müssen wir ein besonderes Merkmal auf Personen richten, die eine Behinderung haben, die sich um die Betreuung von Kindern oder Angehörigen kümmern, die Analphabet*innen sind oder andere Herausforderungen zu meistern haben. Für sie müssen wir angepasste Kurse in Präsenz wie auch digital anbieten. Viele Menschen sind vor Generationen nach Schleswig-Holstein gekommen und hatten keinen geregelten Zugang zu Sprachkursen. Insbesondere für diese Gruppe wollen wir mehr Sprachkurse anbieten.

6. Wie viele zusätzliche Grundbildungszentren planen Sie in der nächsten Legislaturperiode einzurichten, um die Ziele der Bund-Länder-Dekade zur Alphabetisierung Erwachsener nachhaltig zu erreichen?

Die in dieser Legislatur geschaffenen Grundbildungszentren waren ein wichtiger und guter Schritt um Menschen mit geringer Literalität umfassend zu unterstützen. Für uns ist klar, dass wir mehr Grundbildungszentren brauchen, eine feste Anzahl möchten wir aber noch nicht nennen, sondern auf Grundlage der Bedarfe und der bisherigen Erfahrungen ermitteln.

7. Wie wollen Sie ein Landesprogramm zum Erwerb digitaler Kompetenzen für u.a. ältere Menschen, Arbeitssuchende, Geringqualifizierte u.a. ausgestalten, um allen Chancen zur digitalen Teilhabe zu geben?

Zunächst ist es wichtig, dass Lehrende von Volkshochschulen – wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgehalten – an den Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten des Bundes zur digitalen Kompetenzvermittlung teilhaben können. Darüber hinaus möchten wir die Volkshochschulen im Austausch mit den entsprechenden Stellen an den Hochschulen in Schleswig-Holstein unterstützen.

8. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Mitteln wollen Sie die Volkshochschulen darin unterstützen, die Menschen über „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu befähigen, zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele beizutragen?

Über das Weiterbildungsförderungsgesetz werden wir nicht nur die Höhe der Förderung regeln, sondern auch die Verwendung der Förderung. Hierzu möchten wir gemeinsam mit den Volkshochschulen Konzepte entwickeln, die unsere Pläne zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule sinnvoll ergänzen. Ein Schwerpunkt kann hierbei in einem stärkeren generationenübergreifenden Austausch liegen, in dem auch die Tradition ressourcenschonender Lebensweisen betont und auf die aktuellen Herausforderungen übertragen wird.

FDP

1. Welche Ziele und Inhalte verfolgt Ihre Partei mit Blick auf die allgemeine Weiterbildung als Beitrag zur Bewältigung konkreter gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben wie Klimawandel, Digitalisierung, Integration, Stärkung der Demokratie sowie gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt?

Die berufliche Fort- und Weiterbildung leistet in vielfacher Hinsicht einen wertvollen Beitrag; sie ist eine wichtige Voraussetzung für die Fachkräftesicherung des Landes über das lebenslange Lernen hinweg und dabei gleichzeitig eine wichtige Plattform für einen übergreifenden Austausch. Die Weiterbildung bildet daher eine Grundlage für gesellschaftliche Diskussionsprozesse, indem sie alle Aspekte aktueller gesellschaftlicher Fragen und Problemlagen behandelt und einen breiten Austausch darüber über alle Gesellschaftsbereiche hinweg garantiert. Wir unterstützen deshalb individuelle Anstrengungen zur Bildung in jedem Alter in den Weiterbildungsinstitutionen, z.B. durch steuerliche Anreize, Bildungsgutscheine und erweiterte Fördermöglichkeiten.

2. Wie möchte Ihre Partei den Zugang zu Weiterbildung in allen Regionen unseres Landes sichern und welche Vorstellungen hat sie zu einer Reform des Weiterbildungsgesetzes hin zu einem Weiterbildungsförderungsgesetz für die öffentlich-verantwortete Weiterbildung?

Wir Freie Demokraten werden ein Konzept für die duale berufliche Ausbildung in Schleswig-Holstein entwickeln, das die Ausbildung möglichst vieler Berufe in der Fläche ermöglicht, aber gleichzeitig den Anforderungen der technischen Entwicklung und der Veränderung von Arbeitsprozessen Rechnung trägt. Die Fachkräfteversorgung auch im ländlichen Raum hat für uns eine hohe Priorität. Durch das Moratorium und den Erhalt von 60 Lehrerstellen im Berufsbildenden Bereich haben wir gezeigt, dass die Weiterbildung vor allem im ländlichen Raum weiter im Zentrum unseres politischen Handelns stehen wird.

3. Wie steht Ihre Partei zu der Ausweitung der Landeszuschüsse für Volkshochschulen, um in den strukturschwachen Regionen einen Kern einer hauptamtlichen Struktur zu schaffen und die ehrenamtlichen Volkshochschulen durch flankierende Maßnahmen zu entlasten und zu unterstützen?

Wir werden im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten und der vertretbaren finanziellen Belastungen wohlwollend prüfen, inwiefern zusätzliche Unterstützungsleistungen für eine Ausweitung der hauptamtlichen Struktur geschaffen werden können.

4. Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer festen Dynamisierung der Landesförderung für Volkshochschulen und Bildungstätten analog zu anderen im Artikel 13 der Landesverfassung verankerten Kultureinrichtungen wie Bibliotheken und Theatern, für die eine Dynamisierung schon vorgesehen ist?

Die Volkshochschulen tragen wesentlich zur erfolgreichen Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein bei. Dafür braucht es eine auskömmliche finanzielle Ausstattung. Wir wollen das Weiterbildungsgesetz evaluieren und eine mögliche Anpassung an die Bedarfe der Volkshochschulen unter Berücksichtigung der haushalterischen Beschränkungen prüfen, mit dem Ziel, eine Anhebung der Finanzierung zu ermöglichen.

FDP

5. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei zur flächendeckenden Gewährleistung von Deutschkursen und -prüfungen für alle Zugewanderten und welche Ergänzungen von Bundesprogrammen plant Ihre Partei in Bereichen wie Kinderbetreuung, Fahrtkosten, Sprachfeststellung zur Sicherstellung des Zugangs?

Die FDP setzt sich für möglichst niederschwellige Angebote in der Bildung und Weiterbildung ein. Diesen Grundsatz wollen wir auch in ein sinnvolles und zeitgemäßes Fachkräftezuwanderungsrecht einbringen, das neben einem Punktesystem für Integrationsanforderungen auch einen Spurwechsel, z.B. für hier derzeit geduldete Menschen, beinhalten muss und auch auf Bildungsangebote Anwendung finden soll. Wir wollen Integrationsangebote ausweiten, Beratungsangebote bereitstellen und kostenfreie Sprachkurse anbieten sowie Analphabeten in entsprechende Bildungsangebote integrieren. Wir fordern im Bereich der Flüchtlingspolitik frühestmögliche Integrations- und Sprachkurse und Möglichkeiten, damit die Menschen vom Flüchtlings- in einen Zuwandererstatus wechseln können. Bei besonderen Integrationsleistungen und wirtschaftlicher Selbstständigkeit muss der Spurwechsel möglich werden. Der Bund muss angemessene Unterstützungsleistungen für die Kommunen bei der Unterbringung und den Sprachkursen leisten.

6. Wie viele zusätzliche Grundbildungszentren planen Sie in der nächsten Legislaturperiode einzurichten, um die Ziele der Bund-Länder-Dekade zur Alphabetisierung Erwachsener nachhaltig zu erreichen?

Analphabetismus muss enttabuisiert und mit entsprechenden Angeboten begegnet werden. Dafür werden wir unter anderem die gegenwärtige, teilweise unübersichtliche Struktur der Weiterbildungsanbieter und deren Angebote überprüfen, transparenter gestalten und die bestehenden Beratungsangebote ausbauen. Die erfolgreiche Arbeit der Grundbildungszentren im Kampf gegen den Analphabetismus erkennen wir an und wollen überprüfen, ob die gegenwärtigen Strukturen es ermöglichen, die Arbeit der Grundbildungszentren zu erweitern.

7. Wie wollen Sie ein Landesprogramm zum Erwerb digitaler Kompetenzen für u.a. ältere Menschen, Arbeitssuchende, Geringqualifizierte u.a. ausgestalten, um allen Chancen zur digitalen Teilhabe zu geben?

Die digitale Transformation bleibt die größte technische Herausforderung unserer Zeit. Nicht nur im privaten Umfeld findet ein rasanter Wandel statt, besonders die Ansprüche an die Arbeit und im Arbeitsumfeld haben sich enorm gewandelt. Es ist daher wichtig, dass wir in den Bildungseinrichtungen konsequent die Digitalisierung des Unterrichts und der Lehr- und Lernmethoden voranbringen und einen zügigen Aufholprozess starten. Dies schließt selbstverständlich die Volkshochschulen mit ein. Bildung ist auch im Alter der Schlüssel für soziale Teilhabe, psychische Gesundheit und damit einhergehende körperliche Fitness. Deshalb wollen wir Bildungsangebote für die ältere Generation gezielt fördern. Dafür setzen wir auch auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Digitalisierung bedeutet, mit seiner Umwelt in Kontakt zu bleiben und nicht den Anschluss zu verlieren. Durch die Verlagerung vieler Lebensbereiche ins Netz verändert sich die gesellschaftliche Teilhabe. Damit alle von dieser neuen Entwicklung profitieren, setzen wir uns gezielt für auf die ältere Generation zugeschnittene Programme und Lernangebote ein, die den verantwortungsvollen Umgang mit neuer Technik fördern.

FDP

8. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Mitteln wollen Sie die Volkshochschulen darin unterstützen, die Menschen über „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu befähigen, zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele beizutragen?

Wir wollen die Ziele einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) fördern. Mit der Landesstrategie soll BNE unter anderem an Schulen als Querschnittsaufgabe für alle Fächer Beachtung finden. So stellen wir sicher, dass das Thema in den Bildungsinstitutionen fest verankert wird und eine gezielte Umsetzung anhand der beschlossenen Maßnahmen erfolgt. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen an den allgemeinbildenden- und berufsbildenden Schulen sowie den Volkshochschulen, um BNE als Teil des Unterrichts und des dortigen Lehrinhaltes anbieten zu können. Uns als Freien Demokraten ist es wichtig, dass BNE weit gefasst wird und dabei eine breite Palette an Themen und Fragestellungen aufgreift. Dabei muss auch die Beschäftigung mit Entrepreneurship Education und den Gründer- und Forschergeist enthalten sein und zwar nicht nur im Rahmen der Schulen, sondern bei der Weiterbildung in all ihren Facetten.

SSW

1. Welche Ziele und Inhalte verfolgt ihre Partei mit Blick auf die allgemeine Weiterbildung als Beitrag zur Bewältigung konkreter gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben wie Klimawandel, Digitalisierung, Integration, Stärkung der Demokratie sowie gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt?

Wir haben schon in vielen akuten Situationen auf die Volkshochschulen gesetzt. Bei der Umsetzung der Sprachförderprogramme des Landes, den Integrationskursen des Bundes, oder auch bei Angeboten im betrieblichen Gesundheitsmanagement, an denen das Land auch als Arbeitgeber ein besonderes Interesse haben sollte. Oder im ländlichen Raum, wo die VHS'en teilweise eine der wenigen verbliebenen Begegnungsstätten für die Bürger:innen sind. Weiterbildungen sind nicht nur beruflich wichtig, sondern auch dafür, dass wir uns als Gesellschaft weiterbilden- und entwickeln. Dafür, dass wir neue Fähigkeiten und Kenntnisse erwerben und unser vorhandenes Wissen aktualisieren. Volkshochschulen und Bildungsstätten antworten immer wieder auf drängende gesellschaftliche Bedarfe.

Wir setzen auf das Prinzip des lebenslangen Lernens als Sicherung von individuellen Arbeits- und Lebenschancen und wollen die Weiterbildungschancen für Erwachsene ausweiten und die Volkshochschulen und Bildungsstätten stärken.

2. Wie möchte Ihre Partei den Zugang zu Weiterbildung in allen Regionen unseres Landes sichern und welche Vorstellung hat sie zu einer Reform des Weiterbildungsgesetzes hin zu einem Weiterbildungsförderungsgesetzes für die öffentlich verantwortete Weiterbildung?

Der SSW hat vor zwei per Antrag gefordert, eine interministerielle Arbeitsgruppe einzurichten, um eine Reform des Weiterbildungsgesetzes auf den Weg zu bringen. Uns ging es dabei um die Sicherung von Qualität und Professionalität der bestehenden Angebote, aber eben auch darum, die Grundversorgung der Weiterbildungen durch einen Anstieg in der Hauptamtlichkeit zu gewährleisten. Wir hätten uns insbesondere nach der ausführlichen Anhörung im Bildungsausschuss gewünscht, dass die Landesregierung unserer Forderung nachkommt und den Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. und Vertretungen der Bildungsstätten zusammen mit den kommunalen Landesverbänden und der Kommission Weiterbildung des Landes zu Gesprächen einlädt, um in einem gemeinsamen Prozess zu einer Reform des Weiterbildungsgesetzes zu finden. Wir hoffen, dass sich dies -auch im Sinne eines Weiterbildungsförderungsgesetzes- in der nächsten Legislaturperiode umsetzen lässt.

3. Wie steht Ihre Partei zu der Ausweitung der Landeszuschüsse für Volkshochschulen, um in den strukturschwachen Regionen einen Kern einer hauptamtlichen Struktur zu schaffen und die ehrenamtlichen Volkshochschulen durch flankierende Maßnahmen zu entlasten und zu unterstützen?

Wir wollen Weiterbildung als gleichberechtigte Säule des Bildungswesens neben vorschulischer Bildung, Schule, Berufsausbildung und Hochschule ausbauen. Dafür brauchen wir eine ausreichende Zahl an hauptberuflich geführten Volkshochschulen.

Uns als SSW geht es dabei um die Sicherung von Qualität und Professionalität der bestehenden Angebote, aber eben auch darum, die Grundversorgung der Weiterbildungen durch eine ausreichende Anzahl an hauptberuflich geführten Volkshochschulen zu gewährleisten. Kein anderes Bundesland gibt weniger Geld für seine VHS'en aus, wenn wir uns an der Zahl der Einwohner:innen orientieren. Das muss sich ändern!

SSW

4. Wie positioniert sich ihre Partei zu einer festen Dynamisierung der Landesförderung für Volkshochschulen und Bildungsstätten analog zu anderen im Artikel 13 der Landesverfassung verankerten Kultureinrichtungen wie Bibliotheken und Theatern, für die eine Dynamisierung schon vorgesehen ist?

In der Küstenkoalition wurden auf Initiative des SSW hin die Bibliotheken gestärkt. Aus unserer Sicht sind jetzt sind die Volkshochschulen und Bildungsstätten an der Reihe. Dies war der Grund für unsere Initiative zu einem Weiterbildungsgesetz unter Jamaika. Durch die von uns auch im Wahlprogramm zur LTW 2022 geforderte Reform des Weiterbildungsgesetzes wollen wir außerdem die Dynamisierung der Zuschüsse für Volkshochschulen und Bildungsstätten erreichen, um für nachhaltige Förderstrukturen zu sorgen.

5. Welche Ziele verfolgt ihre Partei zur flächendeckenden Gewährleistung von Deutschkursen und -prüfungen für alle Zugewanderten und welche Ergänzungen von Bundesprogrammen plant ihre Partei in Bereichen wie Kinderbetreuung, Fahrtkosten, Sprachfeststellung zur Sicherstellung des Zugangs?

Wir fordern die Novellierung des Integrations- und Teilhabegesetzes hin zu einem Gesetz, das seinem Namen auch gerecht wird und Integrationsstrukturen stärkt. Dabei legen wir besonderen Wert auf den bedarfsgerechten und kostenlosen Ausbau und die kontinuierliche Förderung des DaZ (Deutschals-Zweitsprache)-Unterrichts und der entsprechenden DaZ-Strukturen. Deshalb wollen wir die Anzahl der Deutsch-Kurse für Geflüchtete erhöhen und fordern vom Bund, dass er die Geflüchtetenarbeit von Land und Kommunen auskömmlich finanziert. Dabei soll auch weiterhin mindestens ein Zuschuss der Fahrtkosten sowie die Prüfungsgebühren übernommen werden. Von Landesseite wollen wir Projekte, in denen neben Sprachkursen auch Kinderbetreuung gewährleistet wird fördern, da sie insbesondere Elternteilen zu gute kommen, die aufgrund von Betreuungslücken bisher noch keine Deutschkurse absolvieren konnten.

6. Wie viele zusätzliche Grundbildungszentren planen Sie in der nächsten Legislaturperiode einzurichten, um die Ziele der Bund-Länder-Dekade zur Alphabetisierung Erwachsener nachhaltig zu erreichen?

Zusätzlich zu den Grundbildungszentren in Schleswig-Holstein an der Förde-VHS Kiel sowie den Volkshochschulen Itzehoe und Lübeck in Trägerschaft des Landesverbands der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins weisen einige Volkshochschulen bereits Teil-Funktionen von Grundbildungszentren auf, so z.B. die fünf Regionalstellen für Alphabetisierung und Grundbildung in Husum, Meldorf, Schleswig, Oldenburg i.H. und Norderstedt. In diesen Strukturen ließen sich die entsprechenden Kursformate weiter ausbauen.

Wie viele weitere Grundbildungszentren letztlich noch eingerichtet werden, lässt sich aktuell für uns so nicht einschätzen, auch aufgrund von pandemiebedingten Einschränkungen kurz nach dem Start des Konzepts im Spätsommer 2020. Wir wollen das aber in der kommenden Legislatur gerne auf den Prüfstand stellen.

SSW

7. Wie wollen Sie ein Landesprogramm zum Erwerb digitaler Kompetenzen für u.a. ältere Menschen, Arbeitssuchende, Geringqualifizierte u.a. ausgestalten, um allen Chancen zur digitalen Teilhabe zu bieten?

Wir fordern in unserem Wahlprogramm ein Recht auf Weiterbildung. Der Ansatz des lebenslangen Lernens soll stärker direkt in der Arbeitswelt verankert werden. Das Land soll zukünftig auch Fortbildungen für die Menschen fördern, deren Arbeitsplätze durch die fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft wegfallen könnten.

Wir wollen, dass Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen passgenauer auf die Bedürfnisse von geringqualifizierten Arbeitnehmer:innen zugeschnitten und Anforderungen des technologischen Wandels berücksichtigt werden. Das schleswig-holsteinische Landesprogramm Arbeit muss fortlaufend auf diese Zielsetzung hin evaluiert werden. Dabei ist wichtig, dass der Zugang vor allem für geringqualifizierte und bildungsbenachteiligte Menschen vereinfacht wird. Die Kursgebühren müssen insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen angepasst werden.

8. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Mitteln wollen Sie die Volkshochschulen darin unterstützen, die Menschen über „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu befähigen, zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele beizutragen?

Im Sinne der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen zur Förderung nachhaltigen Friedens und Wohlstands und zum Schutz unseres Planeten muss es uns auch um hochwertige Bildung gehen. Das beinhaltet die Gewährleistung inklusiver, gleichberechtigter und hochwertiger Bildung und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle zu fördern.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung geht über reine Umweltbildung weit hinaus. Sie steht für eine Bildung, die Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt. Und sie soll Menschen auch verständlich machen, welche globalen Folgen unser Handeln hier vor Ort hat.

Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung eines Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN in der gesamten Bildungslandschaft ein, der über das zurückliegende Projektjahr an Schulen hinaus geht. Das umfasst natürlich auch die Volkshochschulen und Bildungsstätten.